

Flüchtlinge aus Gaza in Jordanien

Martin Link

Von etwa 2,3 Millionen registrierten palästinensischen Geflüchteten in Jordanien besitzen circa 167.000 keine jordanische Staatsbürgerschaft. Meist stammen sie aus Gaza, 19.000 kommen aus Syrien. Diese Gruppen gelten als besonders vulnerabel, weil sie keinen Zugang zu vielen staatlichen Dienstleistungen haben und auch dort auf die Hilfe von UNRWA, und anderen Organisationen angewiesen sind.

Die seit Jahrzehnten ungelöste Frage des Rückkehrrechts palästinensischer Flüchtlinge und ihre Folgen

Mit dem Staatsbürgerschaftsgesetz von 1954 wurden alle Menschen auf jordanischem Boden zu jordanischen Staatsbürgern. Das schloss die Bewohner der Westbank mit ein, ließ jedoch die später aus anderen Diasporaländern zugewanderten und insbesondere die 1967 aus Gaza kommenden außen vor, da der Gazastreifen damals offiziell unter ägyptischer Kontrolle stand.

Schon gleich nach Kriegsbeginn am 17. Oktober 2023 hat sich der jordanische König gegen die Aufnahme von Men-

schen aus dem Gaza-Streifen ausgesprochen.¹ Am Beispiel der im Zuge der israelischen Besetzung 1967 aus dem Gaza-Streifen nach Jordanien geflohenen Palästinenser*innen wird deutlich, wie die seit Jahrzehnten nicht bewältigte Frage der Rückkehr der Flüchtlinge auch im aktuellen Gaza-Krieg mitschwingt.

Vollends angekommen sind die Gaza-Flüchtlinge auch in Jordanien nie. Amal

¹ <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/scholz-koenig-abdullah-100.html>



Hassan² aus dem 50 Kilometer nördlich von Aman gelegenen Flüchtlingslager Jarraz, einer Stadt – die im Volksmund weiterhin als ‚Gaza-Camp‘ bezeichnet wird – berichtet, dass selbst die jüngste Generation der einst Geflüchteten am Arbeitsmarkt diskriminiert werde, weil sie aus Gaza stammten. Nicht wenige Berufe sind Jordanier*innen vorbehalten, eine Arbeitserlaubnis ist immens teuer. Das heißt je nach Bereich kostet das bis zu 2.200 Dinar, etwa 3.000 Euro. Viele Arbeitgeber wollten sich die Extrakosten nicht leisten. Einen legalen Job zu finden ist daher schwer. Auch die Reisefreiheit und der Zugang zu Gesundheitsversorgung sind für palästinensische Flüchtlinge eingeschränkt.

Als Israel 1967 den Gaza-Streifen besetzte, flohen tausende Palästinenser*innen von dort nach Jordanien. Für viele von Ihnen war das nach der Naqba von 1948 die zweite Flucht und ein erneuter Heimatverlust. In den einst als Zeltlager entstandenen heutigen Städten Jordaniens leben die Bewohner*innen auch in der inzwischen dritten Generation immer noch so, als seien sie dort nur vorübergehend.

Die mangelnde Integration der Palästinenser*innen in Jordanien hat auch politische Gründe. Anders als die von Israel besetzte Westbank waren der Gaza-Streifen und seine Bevölkerung niemals Teil Jordaniens. Es gab nach 1967 eine Verabredung zwischen dem Königreich Jordanien und der Palästinensischen Befreiungsfront PLO: Demnach sollten die palästinensischen Flüchtlinge keine Staatsangehörigkeit erhalten, damit ihr völkerrechtlich begründetes Rückkehrrecht³ nicht in Vergessenheit gerate.⁴

Im Zuge der Oslo-Abkommens 1992 hat sich die PLO auf eine Vertagung der Lösung der Rückkehrfrage eingelassen. Doch inzwischen ist deutlich, dass keine bisherige Regierung Israels bereit war und sein wird, den 1948 und 1967 geflüchteten Palästinenser*innen ein Rückkehrrecht zuzugestehen. Bis dato durfte kaum jemand der seinerzeit ins arabische oder andere Ausland, in die Westbank oder in

den Gaza-Streifen geflohenen Menschen in ihre einstige Heimat innerhalb der grünen Grenze – dem israelischen Staatsgebiet vor 1967 – zurückkehren.

Sollten auch die im Gaza-Streifen verbliebenen Menschen im Zuge des aktuellen Krieges von dort vertrieben werden, so hätten auch sie bald im Exil mit dem ultimativen Verlust ihrer Heimat und mangelnden Perspektiven zu kämpfen. Auch Ägypten hätte kein Interesse an einer Integration der Palästinenser*innen. Eine Rückkehr aber wird auch ihnen absehbar auf Dauer nicht zugestanden werden.

Amal Hassan aus dem ‚Gaza-Camp‘ in Jordanien hat den Eindruck, dass etwas in der exilierten Community der

Palästinenser*innen zerbrochen sei. Die meisten ihrer Verwandten im Gaza-Streifen sind in den vergangenen Monaten ums Leben gekommen. Ganze Familien wurden getötet. Amals Schwägerin ist derzeit in der Nähe von Raffah an der Grenze zu Ägypten gestrandet. Sie berichtet davon, nichts zu essen zu finden und ist verzweifelt. Amals Ehemann würde seiner Schwester gern Geld schicken, doch dafür existieren keine technischen Möglichkeiten... Kein Ort nirgends für die nächste Generation von Opfern einer fehlgeleiteten internationalen Nah-Ost-Politik.

Martin Link arbeitet im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. www.frsh.de

„Dringend erforderlich, einen humanitären Korridor einzurichten“

Appell zur Aufnahme ziviler medizinischer Notfälle aus dem Gaza-Streifen

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein

Die Weltgesundheitsorganisation veröffentlicht auf ihrer Web-Seite einen Hilfescrei an die Welt: „Angesichts der Entwicklung der Lage ist es dringend erforderlich, einen humanitären Korridor einzurichten, der die ungehinderte Überweisung von lebensgefährdeter Patienten und die Beförderung von humanitärem Personal und lebenswichtigen medizinischen Gütern ermöglicht.“¹

Am 21. November appellierte der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein mit einem Offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz und an Ministerpräsident Daniel Günther:² Es sei zu begrüßen, dass eine wachsende Zahl israelischer Staatsbürger*innen, die der Gewalt entkommen wollen, in Deutschland Aufnahme und Schutz finden. Deutschland sei – auch mit Blick auf die Verlängerung seiner Geschichte im Nahen Osten – in der Pflicht, gegenüber allen unschuldigen Opfern des Konflikts mit konkreter Hilfe aktiv zu werden.

Immerhin bekam der Flüchtlingsrat von Ministerpräsident Daniel Günther via Sozialministerium am 14.12.2023 Antwort: Jede Hilfe für die zivilen Verletzten der israelischen Offensive sei dringlich und wichtig. Schleswig-Holstein habe jedoch – auch mit Verweis auf [das wohl nicht erwartbare] Einvernehmen mit dem BMI – keine Möglichkeit, den zivilen Opfern aus dem Gaza durch Ausreise/Abholung von dort und medizinischer Behandlung im Bundesland zu helfen.

Berichte aus der Welt vom 24.März³ und aus der Tagesschau vom 3. April⁴, denen zufolge die Bundesregierung inzwischen wohl doch zur Aufnahme einiger Personen bereit sei und verletzte Kinder den Weg zunächst nach Ägypten aus dem Gaza-Streifen fänden, lassen uns auf ein Einlenken hoffen.

1 <https://www.emro.who.int/opt/information-resources/emergency-situation-reports.html>

2 <https://www.frsh.de/artikel/verantwortung-uebernehmen-gewaltopfer-aus-gaza-aufnehmen>

3 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article250717130/Nahost-Innenministerium-hat-Aufnahme-von-147-Menschen-aus-Gaza-zugesagt.html>

4 <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-1323338.html>

2 <https://www.deutschlandfunk.de/lebenslang-fremd-palaestinensische-fluechtlinge-aus-gaza-in-jordanien-dlf-e24d02ed-100.html>

3 <https://www.nzz.ch/international/die-palaestinensischen-fluechtlinge-eine-stete-quelle-der-unruhe-im-nahen-osten-ld.1765131>; <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/palaestiner-schutz-rueckkehrrecht-100.html>

4 <https://taz.de/Palaestinerinnen-in-Jordanien!/5854914/>